

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1/3 Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich, Anzeigen: die 1. Seite, Zeile 0,80 Gulden, Re-
klamazelle 1, Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Druckerbestellungen in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720
für Anzeigen - Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaachen 3290

Nr. 199

Dienstag, den 26. August 1924

15. Jahrg.

Die Aussprache im Reichstag.

Deutschnationale Sehnsucht nach Ministerjesseln.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Der deutschnationale Führer Hergt hat in der Reichstagsführung vom Montag das „Unannehmbar“ seiner Partei, allerdings in sehr verschleierte Form, ausgesprochen. Die Rede Hergts wurde mit Spannung erwartet. Das gilt weniger der Persönlichkeit Hergts, die bei weitem nicht an die Ausmaße Helfferichs heranreicht, sondern lediglich der Politik, die die Deutschnationalen dieser Frage entgegenbringen. Hergt enttäuschte mehr denn je. Wiederholt wurde er zum Opfer unfreiwilliger Komik. So, als ihm einmal das Wort entfuhr: „Uns ist nicht wohl dabei...“ Sehr bald breitete sich Längeweile über dem Saal aus. Aufmerksam wurden die Abgeordneten erst wieder am Schluß der Hergt-Rede, aus der man trotz aller wiederholt ausgesprochenen Mißtrauensvoten gegen die jetzige Regierung und das Londoner Verhandlungsergebnis doch noch die Sehnsucht nach Brüden zum Ausgleich des Konflikts heraus hören konnte.

Vielleicht hätte sich Dr. Hergt etwas unzweideutiger ausgesprochen, wenn die Aussichten für eine Umbildung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschnationalen besser wären. Denn durch seine ganze Rede zog sich wie ein roter Faden der Gedanke, wie viel bessere Erfolge man in London hätte erzielen können, wenn die Deutschnationalen in der Reichsregierung und damit in der Londoner Delegation vertreten gewesen wären. Was jedoch Hergt als positiven Vorschlag für die Londoner Verhandlungen vorbrachte, war nichts als eine andere nutzlose Demonstration. Obwohl er wissen mußte, daß Herriot und Macdonald unzweideutig der deutschen Delegation zu verstehen gegeben hatten, sie würden die Konferenz sofort abbrechen, wenn von deutscher Seite der Versuch gemacht würde, die Kriegsschuldfrage anzuschneiden, erklärte Hergt heute Dr. Hergt mit Empfindung, eine Delegation unter deutschnationaler Führung hätte die Beratungen mit der Aufröhlung der Kriegsschuldfrage begonnen, und er selber hätte, selbst wenn die französische Delegation den Saal verlassen hätte, weiter gesprochen.

Nach Hergt sprach Gen. Silberding. Er verzichtete auf die landläufigen Mittel parlamentarischer Routine. Seine Rede war eine Analyse der internationalen Entwicklung des letzten Jahres. Er hob klar die Härten der Lasten heraus, die die Ausführung des Sachverständigenrats Deutschland und nicht zuletzt der deutschen Arbeiterklasse auferlegen, aber er forderte zugleich alle diejenigen, die gegen die Gesetze kämpften, auf einen Ausweg zu zeigen. Könnten sie keinen Ausweg zeigen, so sei ihre Politik nicht die einer verantwortungsvollen Opposition, sondern die von Hainardeuren. Ausgezeichnet arbeitete Genosse Silberding heraus, wie die Machtstellung der Deutschnationalen lediglich auf der Stärke der kommunistischen Partei beruhe, und er schlug für eine etwa kommende Neuwahl die Unterverbindung zwischen Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten vor. Den Kern der kommunistischen Politik traf er darin, daß er die kommunistische Partei lediglich als ein Instrument der russischen Außenpolitik bezeichnete. Die russische Politik brauche die schwächeren politischen und wirtschaftlichen Bündnisse in Mitteleuropa, um ihre Interessen gegen England und Frankreich besser durchsetzen zu können. Silberding erwähnte am Schluß seiner Rede die Parteien des Hauses noch einmal zum Gefühl der Verantwortung, das zur Annahme der Gesetze führen werde. Verlage der Reichstag, so müsse er sofort aufgelöst werden, und die Sozialdemokratie sei ihres Sieges gewiß. — In den räumlichen Beifall unserer Fraktion mündete sich Jochen von rechts und links. Der deutsvölkische Abgeordnete Bulle hatte sich erlaubt, Silberding als Saniejuden zu beschimpfen und wurde dafür vom Präsidenten Wallraf zur Ordnung gerufen. Unseren Genossen Silberding kann dieser Anwurf eines geistig und sittlich so tiefstehenden Mannes nicht berühren.

Eine im Tone sehr ruhige, in der Sache sehr entschiedene Rede hielt der rheinische Zentrumsgewählte Kaas. Er bezeichnete die Ablehnung der Gesetze als eine Preisgabe der besetzten Gebiete. Die Rheinlande lehnten es ab, weiter Reparationsprovinz zu sein, und ließen sich eine Politik, wie sie von der Rechten empfohlen werde, unter keinen Umständen gefallen.

Nach diesem Zentrumsmann holte die Kommunistin Frau Gohlke, genannt Ruth Fischer, zu einer großen Rede aus. Die das bei der Führerin dieser „großen“ Partei selbstverständlich ist, beschäftigte sie sich weniger mit dem Sachverständigenrat, von dem sie nach den wenigen Proben, die sie hat, nicht viel zu verstehen scheint, als vielmehr mit der Sozialdemokratie. Die Rede zeigte, daß wir, wenn es zum Wahlskampfe kommt, es genau wie beim letzten Wahlskampfe mit einer kommunistischen Partei zu tun haben, die nur und nur die Sozialdemokratie bekämpft und alle bürgerlichen Parteien schont. Wir hätten gewünscht, daß möglichst viele Arbeiter zugehört hätten, wie die Deutschnationalen mit freudetrübendem Gesichtern und immer wieder in begeisterter Sprache ausbrechend das Wuli der Rednerin umstanden. Mit Recht wurde aus der Mitte des Hauses wiederholt gerufen, was denn die Völkischen nach einer solchen Rede noch an Nationalismus vorbringen könnten! Genau wie Reventlow empfahl Ruth Fischer das Bündnis mit Rußland; nicht London, sondern Moskau werde die Rettung bringen. — Ruth Fischer und ihresgleichen werden nun durch das Sand ziehen und die Dammnen jagen, die daran glauben, daß in der kurzen

Frift von Wochen oder höchstens Monaten, die Deutschland in seinen Verhandlungen mit der Entente gestellt ist, die Weltrevolution ausbricht und Rußland die Heere der Entente vom Rhein vertreibt und aus den hungernden russischen Gebieten ein Strom von Segen und Wohlstand sich über Deutschland ergießt. . . .

Die sozialdemokratische Fraktion tat gut daran, auf die Herausforderungen der Rednerin und auf die beschimpfenden Zureufe ihres Freundes-Chores im Saale mit fröhlichem Gelächter zu antworten. Die Kommunisten werden erleben, daß man auf die Dauer auch durch Hunger verzweifelte Massen nicht mit Phantastereien füttern kann. Gingen wir den Weg der kommunistischen Politik, so würde sich das große Elend der deutschen Arbeiterklasse noch um ein beträchtliches Maß erhöhen.

Der Deutsch-Volksparteiler Curtius erklärte die eintimmige Annahme der Gesetze durch seine Partei; auch die Erklärungen der übrigen Parteien hielten sich in demselben Rahmen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Im Verlauf der Aussprache ergriff auch Reichskanzler Marx das Wort und erhob zunächst den allerhöchsten Protest gegen einige Ausführungen Hergts, die man als Vorwürfe gegen den Reichspräsidenten auffassen könne. Unter Berufung auf seine lange Zusammenarbeit mit dem Reichspräsidenten erklärte er, daß dieser bei seinen Maßnahmen sich durchaus von sachlichen Gesichtspunkten und nicht von parteipolitischen Gründen leiten lasse. Hinsichtlich der Schuldfrage verfierte er, daß die Reichsregierung bei jeder geeigneten Gelegenheit diese Frage zur Sprache bringe. Die Reichsregierung sei der Meinung, daß nur auf dem Wege streng historisch-wissenschaftlicher Forschungen ein erschöpfendes Ergebnis möglich sei. Jede Kritik, so fuhr der Reichskanzler fort, sei wertlos, wenn nicht klipp und klar betont werde, wie Deutschland aus seiner außerordentlich drückenden Kreditnot befreit werden soll. Entschieden vermahnte sich der Reichskanzler gegen die Behauptung, die deutsche Delegation habe keine Urkunde über die Bereitwilligkeit Herrriots zur Räumung der Ruhr mitgebracht und verlas in diesem Zusammenhang den bekannten Brief, in dem Herrriot und Theunis die Räumung in höchstens zwölf Monaten zuzagen. Er wies ferner auf die in einem Memorandum niedergelegte Erklärung von Herrriot und Theunis über die gleichzeitige

Räumung der Sanktionsgebiete hin. Für den Fall der Ablehnung der Londoner Abmachungen durch den Reichstag sehe er die Entwicklung der Dinge außerordentlich pessimistisch an. Es gehöre ein Optimismus dazu, den er nicht teile, wenn man glauben wolle, es werde gelingen, in absehbarer Zeit nochmals eine Konferenz zusammenzubringen. Nach der ursprünglich zugesagten Maximalfrist von einem Jahr sei noch das Zustandnis der Räumung der Dortmund Zone, der Fläminghälfte und anderer Gebiete, der Zurückziehung der Eisenbahnen usw. Die Trennung der Frage der Handelsverträge von der der Ruhräumung sei von der Delegation in voller Ueberlegung vorgenommen worden, da man diese hochpolitischen Fragen nicht mit handelspolitischen Abmachungen verknüpfen wollte. Der Reichskanzler schloß: Wir sind bereit, am nächsten Sonnabend zu unterschreiben, weil wir diesen Kontrakt als einen Schritt auf dem Wege zur Gründung unseres Vaterlandes ansehen und weil wir auf diesem Wege einen großen Teil des besetzten Gebietes zu befreien hoffen.

Berliner Pressestimmen zur Lage.

In den Bemerkungen der „Deutschen Tageszeitung“ kommt das Sehnen der Deutschnationalen nach Bildung des großen Bürgerblocks zum Ausdruck. Das Blatt schreibt: Weder Deutsche Volkspartei noch Zentrum können irgendwie darüber zweifelhaft sein, daß nach Inkrafttreten der Dawes-Gesetze für ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien noch viel dringlichere sachliche Gründe sprechen würden als schon jetzt. Interessant an dieser Bemerkung ist übrigens auch, daß das Blatt mit der Möglichkeit der Annahme der Dawes-Gesetze rechnet. — Auch die Blätter der Koalitionsparteien halten die parlamentarische Situation noch immer für völlig ungeklärt. Die „Germania“ bemerkt, die Ausführungen Dr. Hergts ließen ebensowenig deutlich werden, ob die deutschnationale Reichstagsfraktion die Londoner Abmachungen ablehnen lassen wird oder nicht, wie alle übrigen deutschnationalen Erklärungen. — Das „Berliner Tageblatt“ spricht sich gegen einen Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung aus, und zwar nicht nur aus innen-, sondern auch aus außenpolitischen Gründen. Die Atmosphäre der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die jetzt angebahnt sei, würde sofort wieder getrübt werden und ein weiteres Entgegenkommen Herrriots in der Frage der Ruhräumung würde kaum noch in Betracht kommen, wenn die Deutschnationalen, die bisher so schroff gegen das Dawes-Gutachten aufgetreten seien, in ausschlaggebender Stellung am Kabinett beteiligt werden würden.

Rücksichtsloser Schul-Abbau im Freistaat.

Schon beim Beginn des laufenden Schuljahres fühlte sich der Senat veranlaßt, aus Sparmaßregeln in den Volksschulen Klassen zusammenzuliegen, und die Pflichtstundenzahl der Lehrer entsprechend ihrem Alter von 45, 55 Jahren und darüber auf 30, 28 und 26 Stunden wöchentlich festzusetzen, um so die nötige Anzahl von Lehrkräften abzubauen zu können.

Da bei der Durchführung der entsprechenden Verfügungen schwere Störungen des Schulbetriebes und Schädigung des Unterrichtes einzutreten drohten, gelang es den vereinten Bemühungen der Lehrerschaft und der engeren Volksschulverwaltung, einige Milderungen durchzusetzen.

Wie wir erfahren, will man nun aber zum Oktober rücksichtslos vorgehen:

Kein Lehrer unter 45 Jahren soll auch nur eine Stunde weniger als 30 wöchentlich unterrichten. Sollte es sich dabei als erforderlich herausstellen, so muß er in 2 Klassen die Leitung übernehmen. Findet auch auf diese Weise die verlangte Vollbeschäftigung noch nicht statt, so soll an der Fortbildungsschule unentgeltlicher Unterricht übernommen werden.

Diese Experimente — als etwas anderes kann man die geplante Arbeit nicht bezeichnen, weil solche Dinge noch nie durchprobiert worden sind seit Bestehen der Volksschulen — glaubt der Senat ausführen zu dürfen, angesichts der Tatsache, daß schon jetzt eine ganze Anzahl junger Lehrer ohne Beschäftigung ist; daß sie in Verufen ihre gesunde Kraft vergebend, für die sie nicht vorgebildet sind; daß sie, denen doch früher oder später einmal unsere aufwachsende Jugend anvertraut werden soll, sogar versuchen müssen, auf unmoralische Art ihr Brot zu verdienen. Sehen sich einzelne von ihnen doch schon veranlaßt, in der Verweisung Streikbrecherarbeit zu verrichten. Fürwahr eine grelle und traurige Illustration zu dem schönen Erziehervort Schillers: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben, Bewahrt sie!

Sie finkt mit euch!
Mit euch wird sie sich heben.

Und nun soll die Zahl der arbeitslosen Lehrer noch erhöht werden.

Doch nicht nur die Gefahr der Verelendung und Entwöhnung der jungen Lehrer sollte den Senat von der Ausführung seines Planes abhalten. Schlimmer ist, daß dabei die Schule und damit zugleich der Kulturstand des Freistaates in hohem Maße geschädigt würde. Denn woher sollte wohl eine frohe, geistig und körperlich entwickelte Freistaatsjugend kommen, wenn sie lange Jahre hindurch überarbeiteten, verdorrten Lehrern anvertraut worden ist?

Man wende nicht ein: Das ist Ueberreibung! Da die andern Beamten wöchentlich 48-54 Stunden arbeiten müssen, kann auch der Lehrer wohl 30 Stunden Unterricht in der Woche erteilen, ohne daß seine Gesundheit dabei leidet.

Dieser Einwendung soll hier nicht mit dem Hinweis begegnet werden, daß die Lehrer außer der Unterrichtsarbeit

nach viele Stunden wöchentlich Dienstarbeit leisten durch Vorbereitung, Gastenabgeben, Konferenzen usw. . . . Sondern es soll im folgenden einmal anmerksam gemacht werden auf die große Schwermut der Unterrichtstätigkeit:

Die Arbeit eines Beamten in irgend einem Verwaltungszweige erfordert in den meisten Fällen nicht weniger geistige Anstrengung, in vielen mehr als die eines Lehrers. Aber sie wird fast immer geleistet ohne die Nerven und Körper aufreibenden Beauftragungen des Lehrenden. Dieser muß in häufiger und lauterstimmiger Luft Stunden hindurch laut sprechen und muß nebenbei die Kinder disziplinieren, oft solche von 6-7 Jahren. Sein Arbeitsobjekt ist ein lebendiges, unruhiges und hörendes, das ihm im Laufe eines Schultages seinen Gedankengang unzählige Mal über den Kopf hinweg wirft, ihn oft aufreißt und entwirrt. Die Letzte kennen den Nervenzustand der Lehrerschaft und haben nur zu oft Anlaß gefunden, diesen zu testieren, nicht nur den Behörden, sondern auch der Öffentlichkeit.

So sagte im vorigen Winter in Hofrad der Rektor der dortigen Universität, Prof. Dr. Rosenfeld, in einer Versammlung u. a.:

„Der Prozentsatz der Lehrer, die an neurotischen Beschwerden leiden, ist sehr groß. 70-80 Prozent aller Erkrankungen der Lehrer sind auf Neurotische zurückzuführen. Der Beruf spielt sich ja in gewisser Beziehung unter günstigen Umständen ab. Ich erinnere an die Ferien und die Pensionsberechtigung. Ohne die Ferien aber würde die Lehrerschaft psychisch zugrunde gehen. Ich möchte meine Ansicht über die aufreibende Tätigkeit des Lehrers dahin zusammenfassen: Die Lehrerschaft ist vergleichbar mit Frontdienst, oder sie spielt sich insgesamt auf der Bühne ab, und jeder Akteur muß ein besonderes Maß von Nervenkraft aufbringen für seine Tätigkeit, darum ist sie nicht zu vergleichen mit der eines Beamten. Die psychische Anspannung, die der Lehrerberuf erfordert, ist deshalb so groß, weil er als Akteur tätig ist, und daneben die Aufsicht über die Kinder ausüben muß. Sie können sich nicht in den Seelenzustand eines Menschen hineinversetzen. Der 4 Stunden reden muß. Wir Universitäts-Lehrer reden 1 oder 2 Stunden, dann fällt ich schon eine Veränderung meiner nervösen Spannkraft. Da der Lehrer 4-5 Stunden nacheinander tätig sein muß, ist natürlich eine erheblich stärkere Anspannung die Folge. Es ist nicht nur eine allgemeine allseitige Erfahrung, daß die Berufskrankheit der Lehrer sich durch eine weitere Ueberlastung steigern würde, sondern es läßt sich auch mit wissenschaftlicher Methode nachweisen, daß es so sein muß. Ich möchte Ihnen beipflichten, wenn Sie heute Protest dagegen erheben, daß die Belastung der Lehrerschaft in einem solchen Ausmaße vorgenommen wird, wie sie vorgezeichnet zu sein scheint.“

Es besteht demnach wohl kein Zweifel darüber, daß eine Vermehrung der Stundenzahl der Lehrer auch eine Schädigung der Schule bedeutet.

Die Verpfändung der Domänen und Forsten.

Gegenüberstellung von Jewelowski und Volkmann. - Starke Widersprüche. Keine Aufklärung des Sachverhaltes.

Gestern nahm der parlamentarische Untersuchungsausschuss zu dem dritten Beweishebungspunkt, der Frage der Verpfändung von staatlichen Domänen und Forsten, Stellung. Senator Jewelowski hat in seinem Abwehrzeitungsartikel behauptet, daß er allein, als zu einer Transaktion von geringfügiger Bedeutung unsere Domänen und Forsten verpfändet wurden, gegen diese bereits vollendete Tat mit aller Energie ankämpfte und sie auf dem Verhandlungswege wieder rückgängig machen konnte. Der Untersuchungsausschuss hatte vor einiger Zeit beschlossen, den diesbezüglichen Vertrag des Senats mit der Reichsbank in Berlin vom Senat anzufordern. Der Senat legte einen vom Senat ausgefertigten Hefters vor, in welchem sich der Senat verpflichtete, einen im Oktober 1922 von der Reichsbank erhaltenen Kredit von 100 Millionen Mark bis Ende 1922 zurückzahlen. Sollte diese Rückzahlung nicht erfolgen, so sollte eine Sicherungshypothek auf Domänen und Forsten eingetragen werden. Zeuge Jewelowski erklärte, daß das vorgelegte Schriftstück nicht dieses Abkommen sei, welches er meinte. Bei dem vorgelegten Schriftstück handele es sich um die Diskontierung von Staatsanweisungen, während es sich bei dem Abkommen, auf welches er sich beziehe, um Notgeld handle. Senator Volkmann sei im Oktober 1923 in Berlin gewesen und habe mit der Reichsbank ein schriftliches Abkommen getroffen, welches Senator Volkmann dann dem Senat vorgelegt habe. In diesem Abkommen sei die Eintragung einer Sicherungshypothek auf staatliche Domänen und Forsten vereinbart worden. Gegen die Verpfändung von staatlichem Grundbesitz habe Zeuge sich im Senat energisch gewandt und erreicht, daß er, Zeuge, dem Finanzsenator zu nochmaligen Verhandlungen mit der Reichsbank in Berlin beigegeben wurde. Beide hätten an einem Sonnabend in Berlin verhandelt, Senator Volkmann aber reiste noch am demselben Tage ab, so daß er, Zeuge, am Montag allein mit dem Reichsbankdirektorium verhandelte. Er habe dann auf telegraphische Anforderung vom Senat Vollmacht erhalten und das Abkommen mit der Reichsbank abgeschlossen, in dem eine Verpfändung von staatlichem Grundbesitz nicht mehr enthalten war. Es sollte ein Wechsel der Banken als Sicherung hinterlegt werden. Zeuge habe sich auch sofort nach seiner Rückkehr mit den Banken in Verbindung gesetzt, welche zur Uebernahme dieser Garantie bereit waren.

Senator Volkmann weist darauf hin, daß die Vorgänge fast zwei Jahre zurückliegen. Es sei verständlich, wenn die Erinnerungen vermischt sind. Bei dem Zeugen J. hätten sich aber die Erinnerungen ganz gründlich vermischt, denn niemals sei ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden, auch niemals im Senat darüber Mitteilung gemacht worden. Wohl sei im Senat über die Frage einer Sicherungshypothek gesprochen worden. Nur einzig und allein habe der Senator Jewelowski einen Vertrag abgeschlossen. Auf ihn trage dann der Vorwurf zu, daß er Domänen und Forsten zur Verpfändung angeboten habe. Er sei jedoch in der glücklichen Lage, den Zeugen J. verteidigen zu können, denn die Verpfändung von staatlichem Besitz sei kein Vergehen, aus welchem die Gefängnisstrafe oder davor angeordnet werden könnte. Erst kürzlich sei im Volkstag verlangt worden, daß zwecks Aufnahme eines größeren Darlehens die Verpfändung von staatlichem Grundbesitz erfolge.

Senator Jewelowski bleibt bei seiner Behauptung und gibt als Zeugen den Senatspräsidenten Ehm und die Senatoren Dr. Strunk, Förster, Gustav Fuhs und Dr. Eichert an. Dr. Strunk habe in der fraglichen Sitzung neben ihm gesessen und habe ihm seinen Glückwunsch ausgesprochen, daß die Sache eine andere Gestalt angenommen habe. Die Behauptungen Volkmanns händen auch mit der Senatsklärung im Widerspruch, welche der Senatspräsident im Volkstag bei Erörterung dieser Angelegenheit abgegeben habe.

Hierauf nimmt Senator Volkmann zu einer fast einhündigen Rede das Wort. Er berichtet über die Verhandlungen, die mit der Reichsbank über die Herausgabe von Notgeld geschlossen wurden. Den Vertrag darüber habe J. allein abgeschlossen. Er sei erfreut gewesen, als ihm J. bei seiner Rückkehr erklärt habe, daß wegen der Herausgabe von Stadtnotgeld kein Sicherungshypothek eintragen werden brauche. Die Banken in Danzig sollten einen Aval-Wechsel unterschreiben. Mit diesen Maßnahmen sei er einverstanden gewesen, doch habe sich später herausgestellt, daß dieser Aval-Wechsel sehr teuer war. Die Banken hätten dann auch später Sicherungsforderungen aufgestellt, und der Senat habe dann den Banken

alle Fäden der ... verpfänden

müssen. Im Vertrage, den J. abgeschlossen habe, sei jedoch die Verpflichtung der Eintragung einer Sicherungshypothek stehen geblieben, im Falle das Geld nicht rechtzeitig zurückgezahlt werden konnte.

Zeuge Jewelowski erwidert darauf, daß er im Untersuchungsausschuss schon manches erlebt habe. Was er aber heute vom Senator Volkmann gehört habe, hätte er für unmöglich gehalten. Er bleibe auf seiner Behauptung bestehen, daß Volkmann bereits einen Vertrag unterzeichnet hatte und daß er diesen Vertrag rückgängig gemacht habe. Im Senat habe große Freude geherrscht, als er mitteilen konnte, daß durch seine Verhandlungen mit der Reichsbank die Forderung einer Sicherungshypothek gestrichen worden war. Daß Volkmann ausgesetzt habe, hänge mit dem zur Untersuchung stehenden Fall nicht zusammen.

Senator Volkmann erklärte, daß er seine Aussagen an Hand von Akten gemacht habe. Er las dann wieder 4 Stunden lang die Akten vor, wahrscheinlich, um den Ausschuss einzuschultern. Er ließ auch nicht von seinem Vorhaben ab, als ihm bedeutet wurde, daß der Ausschuss die Akten einfordern und selber Einsicht in die Akten nehmen werde, um sich so ein richtiges Bild zu verschaffen. Volkmann aber erklärte, daß er keine Verbildungen abgeben könnte, daß der Senat die Akten vorlegen werde.!

Im weiteren Verlauf der fünfstündigen Beratung bleiben beide Zeugen bei ihren Behauptungen bestehen. Zeuge Jewelowski erklärt, daß er sofort zur Reichsbank nach Berlin fahren werde, um dort eine Abschrift des Abkommens zu erhalten, daß er damals dem Senat vorgelegt habe. Er will in der Presse seine Behauptungen wiederholen, um zu erlangen, daß er verklagt werde um so an Gerichtsstelle die Wahrheit seiner Worte beweisen zu können.

Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde schließlich die Vernehmung des Senatspräsidenten Ehm, sowie der Senatoren Gustav Fuhs, Dr. Eichert, Dr. Strunk und Förster, sowie die Vorlage der Akten über die Verhandlungen

gen mit der Reichsbank gefordert. Der Untersuchungsausschuss vertagte sich auf nächsten Montag, wo genannte Zeugen vernommen und mit den Zeugen Volkmann und Jewelowski gegenüber gestellt werden sollen.

Die Liquidation der Wohnungsbau-Lotterie.

In einer Sitzung am Sonnabend, den 16. d. M., hat die Aufsichtskommission der Wohnungsbau-Lotterie beschlossen, die Lotterie zu liquidieren und einen Treuhänder zu bestellen, der in unparteiischer Weise eine Prüfung der Geschäftsführung vornehmen und der Kommission geeignete Vorschläge für eine Liquidation machen soll. Zum Treuhänder ist Dr. Bestädt gewählt worden und hat dieser am 23. sein Amt übernommen. Die Aufgabe des Treuhänders wird von diesem als eine zweifache angesehen.

1. Eine sofortige Sicherstellung der aus Sachwerten und Bargeld bestehenden vorhandenen Vermögens der Lotterie zum Schutze der Losinhaber;
2. eine weitere Prüfung des Gründungserganges und der Geschäftsführung sowie Untersuchung und Beleuchtung derselben nach etwaigen strafrechtlichen oder günstig erscheinenden zivilprozessualen Momenten.

Die unter 1.) gegebene Aufgabe hat der Treuhänder dahin gelöst, daß er über das Vermögen der Verwaltungsverwaltung der Lotterie, der Danziger Montangesellschaft m. b. H., eine einstweilige Verfügung beim zuständigen Gericht beantragt, eine sofortige Sperre über das Konto der Wohnungsbau-Lotterie bei der Danziger Landwirtschaftsbank A.-G. verhängt und die Ablieferung noch einzuziehender Restgelder für verkaufte Lose an die Unternehmerin nur von seiner Anwesenheit abhängig gemacht hat.

Bei der erachteten Erregung aller Schichten der Danziger Bevölkerung ist eine genaue Prüfung der Sachlage und Befanngabe an die Allgemeinheit vonnöten. Dieses zu fördern und das geschädigte Anwartschaftsrecht des Losinhabers auf die bestmögliche Weise wieder zu heben und zu erhöhen ist das weitere Erfordernis, das zu erfüllen der Treuhänder sich bemühen will.

Der verteuerte Käse.

Preissteigerung durch den Senat. - Die Folgen der Ausfuhrfreigabe.

Die Lebenshaltung in Danzig ist gestiegen, und zwar, wie der letzte amtliche Ausweis bekundet, weil die Preise für neue Kartoffeln und für Käse erhöht worden waren.

Bekannt ist, und es wiederholt sich jährlich, daß die neuen Kartoffeln teurer als die oft nicht mehr guten alten Kartoffeln sind. Dagegen ist der über 50 v. H. gesteigerte Preis für Käse künstlich erzeugt. Der Geburtsarzt der Preissteigerung ist kein geringerer als der deutsch-nationale Senator Frank. Er gab den Käuern das Geheiß der Käseausfuhr nach Deutschland, das in den noch nicht zwei Monaten sehr gut ausgenutzt wurde. Das Käseangebot nach der Stadt Danzig ist nun derart vermindert worden, daß die Käufer bereits 145 Gulden für den Zentner Tilsiter Käse verlangen. Vorher kostete ein Zentner desselben guten Käses 100, 90 und gar 80 Gulden. Der Kleinhandel muß seine Preise dem Einkauf entsprechend festsetzen und das Publikum muß zahlen.

Derselbe Senat, der die Ansprüche der Hafen- und Bauarbeiter ablehnte, gibt den Ansprüchen der etwa neunzig Käufer Raum und schädigt damit die gesamte Bevölkerung Danzigs. Hat der betreffende Senator diese Folgen vorausgesehen, bestände ja eine bewusste Preissteigerung. Aber es darf angenommen werden, daß die bösen Folgen für die Bevölkerung nicht geahnt wurden und ist daher die sofortige Rücknahme oder mindestens Verringerung der Butters- und Käseausfuhr zu erwarten. Die Senatspressestelle wird diese „Vollstimm“ hoffentlich schon morgen dem Dezernenten für Handel pp. vorlegen und dann wird das Volk erfahren, für wen die Entscheidung gefallen ist: für den Fabrikanten oder für den Konsumenten.

Die Käsepreissteigerung zieht noch weitere böse Folgen nach sich. In der Sommerzeit ist der Käse beliebter als die leicht verderbliche Butter. Da nun der Käsepreis höher als der Butterpreis ist, wird wieder Butter bevorzugt. Die erhöhte Nachfrage nach Butter hat diese im Preise gesteigert. Auch werden die Milchpreise nach den Kleinpreisen bestimmt, falls kein übergroßes Angebot vorhanden ist.

Den Landwirten ist ja ein hoher Käsepreis recht, denn sie haben dann weitere Gelegenheiten zu neuen Forderungen für ihre Milch. Die Käufer werden kein Nein entgegensetzen, wenn sie ein großes Absatzgebiet besitzen, wenn bedingungslos Ausfuhrfreiheit herrscht.

Die Volkstagsabgeordneten und die Gemeindeparlamentarier, welche für das Wohlergehen der Bevölkerung eintraten, sollten sich die Menge der Waggons jagen lassen und errechnen, wieviel Käse aus dem Freistaat ausgeführt wurde. Alsdann wird die Gefahr deutlich erkannt werden, die für die Bevölkerung und namentlich den Nachwuchs besteht. Der Danziger Bevölkerung muß eine genügende Menge Milch, Butter und Käse zu einem angemessenen Preise zur Verfügung stehen.

Einbruch in die Nikolaikirche. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in der Nikolaikirche ein Einbruch verübt worden, bei dem von den Dieben fünf Opferstätten gemeinsam geöffnet und das darin befindliche Geld gehoben worden ist. Die Täter - es müssen unbedingt drei Personen gewesen sein - sind von der Markthallenfeste aus über den Mauerzaun geklettert, haben sodann das über der Eingangstür befindliche Drahtgitter ausgebrochen und sind auf diese Weise in den Vorraum der Kirche gelangt. Da sie dort die in das Innere führende zweite Tür verschlossen fanden, haben sie hier das über die Tür befindliche Boasfenster gewaltsam ausgehoben, um in das Innere der Kirche zu gelangen. Hier fand sie dann von Opferstätten zu Opferstätten gegangen und haben sie nacheinander erbrochen und das Geld geraubt. Als am Sonntag früh der Kirchendiener gegen 5 Uhr die Kirche betrat, fand er alle Türen bis auf einen, der den Bergleuten der Diebe randschaffen hatte, erbrochen vor. Die Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange. Letztere hatten es nur auf Geld abgesehen, da von den anderen Gegenständen, soweit bisher festgestellt werden konnte, in der Kirche nichts entwendet worden ist.

Das gefährliche Raipult. Durch Schießen mit einem Raipult ist kürzlich dem Sohn eines hiesigen Bürgers ein Auge so stark verletzt worden, daß es ausgetaucht ist. Die Schulleiter sind daraufhin ersucht worden, die Schulpflicht darauf aufmerksam zu machen, daß das Schießen mit Raipulten verboten ist, um Zusammenstöße auf dem Wege der Schulpflicht zu vermeiden.

Der Beamten-Abbau.

Im zentralistischen „Danziger Volksblatt“ bringt Herr N. N. unter dem Titel „Zum Beamtenabbau“ einige zwar rein persönliche Meinungen, die aber, weil von Bedeutung für die Gesamtheit der Freistaatsbevölkerung, nicht ohne jede Gegenüberstellung bleiben dürfen. Er wendet sich gegen die zu große Zahl der Aufsichtsbekanntnisse auf dem Gebiete der Schulverwaltung und schlägt ferner vor, zum Zwecke der Sparjamkeit das System der Schulpflegerinnen zu beseitigen. Endlich wünscht der Einseher eine Minderung des Systems der Fortbildungsschulen derart, daß an denselben gespart würde zum Zwecke einer besseren Ausbildung der Volksschüler.

Die gute Absicht des Herrn N. N., Wege für Ersparnisse auch durch den Beamtenabbau zu weisen, soll als dankenswert vermerkt werden. Doch muß etwas tiefer geschürft werden, wenn greifbare Erfolge in Erscheinung treten sollen. Herr N. N. hat völlig recht, wenn er betont, daß zu viele Kreisräte vorhanden sind für das kleine Freistaatsgebiet. Während in Preußen im Durchschnitt etwa 220-225 Schulklassen auf einen Kreisrat kommen, sind im Freistaatsgebiete durchschnittlich ungefähr 130 Schulklassen der Aufsicht eines Kreisrates unterstellt. Dem Herrn Einseher wird es sicher zur Freude gereichen, zu hören, daß seine politischen Freunde, die Vertreter des Zentrums, Jahr um Jahr im Hauptausschuß des Volkstages die Etatsberatungen und im Unterrichtsausschuß bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit zwei neue Kreisratstellen beantragten, wovon dann eine mit einem jenalskommenen Zentrumsmann zu besetzen gewesen wäre. Solche Kleinigkeiten führen natürlich das Sparjamkeitsbestreben nicht, wenn damit den Interessen bestimmter Ultramontaner gedient wird.

Eine andere, sehr naheliegende Frage aber läßt Herr N. N. unerörtert, nämlich die, ob nicht zu viele Oberlehrer neben den zahlenmäßig reichlich vorhandenen Kreisraträten bestellt worden sind. Das Freistaatsgebiet zählt kaum ein Drittel des Landgebietes der ehemaligen Provinz Westpreußen bei nur rund 300 000 Einwohner. Für das Schulwesen dieses Kleinstaates neben einem Spezialsenator noch drei Oberlehrer zu unterhalten, ist eine durch nichts gerechtfertigte Steuerbelastung der Gesamtbevölkerung. Die Provinz Westpreußen hatte bei 25 500 qkm 1 700 000 Einwohner. Selbst in Zeiten eines gewissen Wohlstandes hielt das preussische Unterrichtsministerium für zwei große Regierungsbezirke 6-7 Oberlehrer bzw. Provinzial- und Regierungsschulräte für hinreichend. Somit könnten jetzt, da jahrelange Wirtschaftsnöte die Bevölkerung bedrücken und ein Ende der Gläubigerverhältnisse nicht abzusehen ist, zwei Oberlehrer vollaus genügen. Die Kreisraträte der Stadt Danzig wären mit einigen regierungsrätlichen Funktionen zu befreien, so daß durch entsprechende Arbeitssteigerung ein Ausgleich der Belastung herbeigeführt würde. Einen der Oberlehrer könnte man sehr gut an Preußen abgeben. Doch die Position der Oberlehrer scheint den bürgerlichen Beamtenabbaufreunden ein noli me tangere zu sein. Der hiergegen oftmals angeführte Grund, die Oberlehrer hätten auch ministerielle Arbeiten zu besorgen, ist so hinfällig, daß es sich erübrigt, ihn hier ad absurdum zu führen.

Auch an andern Stellen wäre ein Abbau höherer Beamter einem wohlverstandenen Sparjamkeitsbestreben sehr dienlich. Was sollen beispielsweise bei der Polizeiverwaltung die baltischen Varou? Ihre Sachkenntnis ist durch Fachwissen ungetrübt. Die unruhigen Posten auf Kosten der Gesamtsteuerzahler sollten schnell beseitigt werden. Singsingen muß auch werden auf die schwere Belastung mittlerer Beamter bei der Handelsabteilung des Gerichts hierzuland. Während diese unter ihrer Arbeitslast fast zusammenbrechen, führen höhere richterliche Beamte ein sehr bequemes Dasein.

Besonders muß unterstrichen werden, daß, falls der redliche Wille für den Beamtenabbau auch höhere Beamte treffen soll, die nicht unbedingt erforderlich sind, dies schleunigst zu erfolgen hat; denn das Reich und Preußen werden sich angeichts der neuen Belastungen, welche die unerlässliche Folge der Londoner Verträge sind, schwer hüten, nach dem 1. April 1925 der Freien Stadt höhere Beamte abzunehmen.

Herr N. N. fordert ferner in seinem Eingelaudt zum Zwecke der Sparjamkeit auf dem Wege des Beamtenabbaues die Beseitigung der Schulpflegerinnen und der Schulpflegerinnen, was im Interesse der Schule liegen würde; denn die Schulpflegerin hindert die direkte Verbindung zwischen Schule und Elternhaus und kann unter Umständen für das gute Einvernehmen zwischen Eltern und Lehrern recht störend wirken.

Sachlich ist ein solches Verlangen im Jahrhundert des Kindes ganz unmöglich. Das bedeutet eine völlige Verkennung des Rufes aller Völker der Kulturländer nach stark gesteigerter sozialer Fürsorge. Die Schulpflegerin hat die Aufgabe, in unzähligen Fällen körperlicher, geistiger und sittlicher Not des Kindes Abhilfe zu schaffen. Sie soll eine rege Verbindung herstellen zwischen allen in Betracht kommenden staatlichen und kommunalen Behörden und Vereinen, also zwischen Elternhaus, Schule, Vormundschaftsgericht, Jugendamt, Armen- und Wohlfahrtsamt, dem Wohnungsamte, dem Danziger Jugendfürsorgeverband, der Tuberkulosefürsorge usw. Sie hat weiter bei der Auswahl der Schulkinder für die Ferienkolonien, den Landaufenthalt, die Halberholungsstätte, die Frühstücksverteilung, die Kinderhortie mitzuwirken. Ebenso ist es ihre Aufgabe, durch ihre Beteiligung auf eine Besserung des Schulbesuchs hinzuwirken. Diese Aufgaben zu erfüllen ist schwierig. Erforderlich sind besondere Begabung für das Amt der Schulpflegerin, Singsänge an die Sache und Tatkraft. Es darf gesagt werden, daß die Leistungen der Schulpflegerinnen im allgemeinen bisher sehr leistungsfähig gezeitigt haben.

Die Forderung der Gegenwart kann also niemals lauten: Beseitigung des Systems der Schulpflegerin - noch dazu aus Sparjamkeitsgründen -, sondern Ausbau im Interesse der Jugend und der gesamten Freistaatsbevölkerung.

Ebenso abwegig ist im Sparjamkeitsinteresse die Forderung, man solle bei den Fortbildungsschulen den Schulzwang beseitigen und den freiwilligen Besuch gestatten. Die Erfüllung dieser Forderung wäre gleichbedeutend mit einer unerhörten Herabdrückung der Kulturhöhe unserer Arbeiter, des Handwerkerstandes und der Gewerbetreibenden. Gerade das Interesse dieser drei Bevölkerungsschichten in einer aufblühenden internationalen Handels- und Industrieland erfordert dringlich besondere Pflege der Volks- und Fortbildungsschulen. Für die letzteren kann daher nur die einzig mögliche Zielsetzung erhoben werden: Für die Fortbildungsschulen deren Abbau, sondern nur hauptsächlich angelegte Fortbildungsschullehrer.

Danziger Standesamt vom 26. August 1924.

Todesfälle: Altkleriker Friedrich Kloppe, 79 J. 8 M. - Ehefrau Luise Preuß geb. Popwin, 84 J. 10 M. - Sophtalitin Marie Niebau, 83 J. 7 M. - E. d. Stammers Kasar Berlin, 4 M. - Ehefrau Amalie Conrad geb. Wipac, 79 J. 11 M. - E. d. Eisenbahnführers Max Urlich, 1 J. 1 M. - E. d. Eisenbahnarbeiters Franz Bocke, 3 J. 8 M. - Ehefrau Ida Schwintowski geb. Siedke, 81 J. 2 M.

Gewachsene Häuser.

Infolge der Baustoffknappheit, die der Krieg mit sich brachte, ist ein Verzicht auf Holz geblieben, nach dem lebende Häuser aus Bäumen wachsend entstehen können. Mit Hilfe der Keimlinge, die bei der Spalierobstzucht und der gärtnerischen Züchtungskunst Anwendung finden, werden die jungen Triebe der Bäume so miteinander vereinigt, daß sie der ganzen Länge nach zusammenwachsen und in wenigen Jahren vollständig geschlossene Holzände bilden. Diese Wände sind an beiden Seiten mit einer ununterbrochenen lebenden Baumrinde überzogen, unter der in jedem Jahr — abhängig von der Jahreszeit bei den Bäumen — eine neue Holzschicht entsteht. Die jährlichen Holzschichten, durch die die Wände immer dicker werden, sind leicht und junglos, und so bildet jede Wand ein großes Stück Holz. Demnach sind solche Baumwerke nicht mit undichten Lauben zu verwechseln, sondern sie haben vielmehr Ähnlichkeit mit gewachsenen Blockhäusern.

Die Entstehungsdauer einmöglicher Häuser beträgt bei guter gartenmäßiger Pflege fünf bis acht Jahre. Da diese Naturhäuser unter dem Einfluß leitender Hände von der Natur selbst hervorgebracht werden, sind die Anforderungen an Baustoffe und Arbeit so gering wie bei keiner anderen Bauweise. Mit wenigen Arbeitsstunden wöchentlich läßt sich schon ein recht bedeutendes Baumwerk errichten. Ganz besonders darin, daß keine Fundamentierung erforderlich ist, liegt anderen Bauarten gegenüber eine wesentliche Arbeitserparnis. Deshalb kann man dieses Verfahren sowohl auf weichem Bienen- und Moorboden wie auch auf steilen Bergabhängen anwenden, ohne technische Schwierigkeiten zu verursachen. Langjährige Versuche, die der Naturbauingenieur Wiesnia in Berlin-Friedenau mit diesem Verfahren angestellt hat, haben dazu geführt, daß zahlreiche Landwirte, Kleingrundbesitzer, Unternehmer und Behörden sich diese Naturbauweise nutzbar machten. Unter den bisher angelegten Baumwerken sind folgende Arten besonders hervorzuheben: Scheunen und Ställe, hauptsächlich auf Feldern und Koppeln, Schuttdächer und Schuppen für Wagen, Maschinen und Geräte-Überwinterungshäuser für Hüben und Kartoffeln. Die durch isolierte Naturdoppeltwände frostfrei gemacht werden. Weiter sind angelegt: Wald- und Gartenhäuser, Jagdhütten, Barchallen, Brücken und Säule. Letztere kommen besonders für Gärten, Koppeln, Bildgalerie und zum Schutz gegen Schneeverwehungen bei der Eisenbahn in Betracht.

Was das Naturbauverfahren neben seiner Billigkeit besonders wertvoll macht, ist die einfache Arbeitsweise, die es gestattet, die erforderlichen Arbeiten von beliebigen Kräften und zu beliebigen Jahreszeiten ausführen zu lassen, wodurch es sich mit jeder Wirtschaftsweise am vereinbaren läßt. Indessen dürfte es bei der vollständigen Reife des Verfahrens zweckmäßiger sein, sich die Technik und Erfahrungen des Erfinders nützlich zu machen. Das ist um so mehr der Fall, als nicht nur vorhandene Baumstrukturen in einfacher Weise zu Baumwerken ausgebaut werden können. In schon bestehender Weise kann die Naturbauweise sich vorzüglich der Umgestaltung anpassen. Denn, wo andere normale Wirtschaftsgelände, wie Feldböden, auf die Beachtung verdienen, tragen lebende Häuser wesentlich zur Verschönerung der Landschaft bei.

Aus dem Osten

China. Eine eigenartige „tollkühne“ Verleumdung. Der Knecht Baron Wanda aus Neu-Schönberg wurde von Oktober 1923 bis 2. Mai 1924 bei dem Kaiser und Kaiserin in Peking, wo er mit dessen Ehefrau anstand, und Frau Wanda wiederholt anstand. Im den Knecht Wanda's Ehefrau zu geben, damit er diesen erlösen könne. Als Wanda davon erfuhr, entließ er den Knecht sofort aus dem Dienst und ließ die Frau Wanda, die nicht mehr als ein Knecht eines Dieners, in dem sie ihn zu einem Stückchen einladet und abschleichen um Verleumdung von 15 Mark erlösen. Wanda lebte bald ab. Der Brief gelangte in der Reichsregierung zur Verlesung. Die Verleumdung haben sich im übrigen verhalten und leben wieder zusammen. Die Ehe ist glücklich, der Herrmann G. in P. der Ehefrau 10 Jahre alt. Die Verleumdung ist nicht zu erlösen, das Wanda der Verleumdung war. Auch wurde er dafür, daß er durch den Verleumdung mit Frau G. seinen Dienstherrn immer beleidigt hatte, zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Von der Höhe der Strafe wurde nur die Hälfte zum Abzug wurde er freigesprochen.

Schweiz. Hochwasserkatastrophe. Der langanhaltende Regen hat in der Umgegend von Schönbühl eine schwere Hochwasserkatastrophe hervorgerufen. Der

Damm am südlichen Fregell an der nach Tappau führenden Chaufee zwischen Jerusalem und Wenenbogen ist in voller Breite gerissen. Jede Verkehrsmöglichkeit auf dieser Straße ist unterbunden. Der Materialschaden ist sehr groß. Ein Boot mit sechs Männern kenterte. Drei Männer sind ertrunken. Bioniere sind zur Hilfeleistung herangezogen. — Eine zweite Hochwasserkatastrophe kleineren Umfangs ereignete sich in Elbing, wo die Sommer aus ihren Ufern trat und zahlreiche Gebäude unter Wasser setzte. Auch hier ist der Schaden sehr erheblich.

Kröden. Sonntagabend hat ein in der Dieselmotorenanlage der Krödenwerke ausgebrochener Brand die Kraftwerkanlage, das Lager des Ueberlandwertes vollständig vernichtet. Die übrige Anlage des Ueberlandwertes und der Düppelischen Sägewerkindustrie konnte gerettet werden. Der Schaden beträgt etwa 1 Million.

Golhop. Beim Erntefest erschlagen. Zu einer mütigen Schlägerei kam es in Zamonien. Für die Gutsleute des Gutes S. fand ein Erntefest statt, woran sich auch der Unterhändler Tito Pahlke aus Lublitz teilnahm. Die Knechte hatten früher einmal eine Schlägerei mit dem Unterhändler gehabt. Um sich dieserhalb zu rächen, besprachen sich die Brüder August und Karl Schöner, den Pahlke zu verkaufen. Sie lauzierten ihm vor dem Tanzboden auf. Als P. herauskam, schlugen die beiden denart auf ihn ein, daß er zusammenbrach und bewußtlos liegen blieb. P. wurde nach dem hiesigen Kreisstrankenhaus transportiert, ist jedoch bereits unterwegs seinen Verletzungen erlegen, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben.

Stettin. Ein Rinderkinder erlösen. Ein Rinderkinder wurde hier ein Tagelöhnermeister Richard Gr., der beschuldigt worden war, unzüchtige Handlungen mit Personen unter 14 Jahren in der Gegend der Sozialistenvilla vorgenommen zu haben. Gr., dem bereits mehrere Fälle nachgewiesen werden konnten, ist gerädert.

Stettin. Ein schwerer Unfall. Freitag fuhr ein mit Baumstämmen beladener Wagen, dessen Antreiber die Gewalt über die Bremse verloren hatte, in rasendem Tempo die stark abwärts geneigte Schanze hinunter und in die Schanzenröhre der Weichwasserleitung der Stettiner Abendpost. Zwei vorübergehende Passanten, der Schiffer Ernst Ludwig und der Schlofer Siermann, wurden von dem Wagen erfasst und getötet. Der Antreiber blieb unverletzt, dagegen wurde das Pferd getötet. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Aus aller Welt

Dreimaliger Gattenmord? Die Berliner Kriminalpolizei hat die 33 Jahre alte Witwe Marie Krüger wegen Verdacht des Gattenmordes verhaftet. Am 18. September 1923 wurde in Hammer in der Nähe von Landsberg (Havel) der 73 Jahre alte Landwirt und Strohmach Krüger in seinem Schlafzimmer mit durchdringender Kugel erschossen. Frau Krüger gab an, daß ihr Mann in geistiger Unruhe Selbstmord begangen habe. Den Angaben der Frau wurde Glauben geschenkt und sie wurde, nachdem sie zuerst in Haft genommen worden war, außer Strafverfolgung gesetzt. Als Frau Krüger, die schon dreimal verheiratet war, immer mit Männern, die erheblich älter waren als sie, kam ein Jahr nach dem Tode ihres dritten Mannes auf Heiratsangelegenheiten in Berliner Blättern antwortete und dabei wieder alle Männer bevorzugte, wurde die Polizei auf sie aufmerksam. Ermittlungen ergaben, daß der letzte ihrer drei Männer, Krüger, von ihrem Hand getötet worden ist. Es wird angenommen, daß die Frau auch die beiden anderen Männer durch Gift umgebracht hat, um sie zu beerben. In beiden Fällen war sie nämlich nach vorgeschriebenen Testamenten zur Universalerbin eingesetzt worden. Die Kriminalpolizei hat den Krüger gefasst, die Leichen der beiden ersten Männer zu exhumieren, um festzustellen, ob Giftmorde vorliegen.

Typhus-Epidemie in Frankfurt a. O. In Frankfurt a. O. sind Typhuserkrankungen in einem sehr hohen Maße dagewesenen Umfang vorgekommen. Eine größere Zahl von Personen infiziert in Lebensgefahr. Es handelt sich im ganzen um etwa 10 oder 12 Erkrankungen. Es sind alle Vorkehrungen getroffen worden, um ein weiteres Ausbreiten der Krankheit zu verhindern. So wird dafür gesorgt, daß alle Kranken, die sich noch in ihren Wohnungen befinden, umgehend in ein Krankenhaus übergeführt werden.

Der Gefängnisdirektor als Lebensversicherer. Kürzlich bemerkte ein Kriminalbeamter in einem Berliner Warenhaus eine englische Familie, die sich in verdächtigster Weise an einem Stand in Uffeln machte. Er konnte bald feststellen, daß die in der Gruppe befindliche Frau unter ihrem Mantel ein Stück Seide verheimlicht hat. Der Mann schritt darauf

zur Verhaftung der Frau, ihres Gatten und der in Begleitung der Familie befindlichen vier Kinder und brachte die ganze Gesellschaft zur Wache. Hier war man nicht wenig überrascht, als der Herr keine Personalien bekannt gab. Er stellte sich nämlich als der vierzigjährige Josef Henry vor, derzeitiger Leiter des Gefängniswesens auf der britischen Insel Mauritius. Der Herr Direktor verbrachte seine Ferien in einem Pariser Hotel. Hier fand man bei der Hausdurchsuchung ein ganzes Lager von Waren aller Art. Ueber die Herkunft der Sachen befragt, bekannte er, daß er und seine Familie alles in den verschiedenen Warenhäusern zusammengestohlen hatten, weil sie sahen, daß „andere es eben so machten“, ein im Grunde eines hohen Justizbeamten sicherlich recht befremdlicher Entschuldigungsgrund. „Ich hielt es für ein belangloses Vergehen“, fügte Herr Henry hinzu; der Polizeikommissar war aber anderer Meinung und ließ die ganze Gesellschaft mit Ausnahme von zwei kleinen Kindern, die der Wohlhabenspflege überwiesen wurden, ins Gefängnis abführen.

11 Bergsteiger eingeschneit. Aus Bern wird gemeldet: In der Soltau-Schlucht, gegen 4000 Meter hoch auf dem Matterhorn, sind 11 Bergsteiger durch Schneemassen eingeschlossen. Eine Hilfsexpedition ist von Zermatt abgegangen.

Liebesdrama eines 16-jährigen Paares. Ein junges, 16 Jahre altes Liebespaar wurde blutüberströmt in einem kleinen Waldchen bei Waldmannslut bei Berlin aufgefunden. Arbeiter, die zu ihrer Dienststelle gingen, fanden den Laubhirschen Karl Pokski aus Wittenau und die Schneiderin Elise Dobratski aus Hermsdorf bewußtlos auf. Man bemühte sich sofort um die beiden, die aus den Handgelenken schwer bluteten. Es stellte sich heraus, daß Pokski sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern aufgeschnitten hatte. Wahrscheinlich hat er auch dem Mädchen die Adern geöffnet. Es jagte allerdings später aus, daß die Verletzung entstanden wäre, weil sie dem jungen Mann in die Hand fallen wollte, als er sich die Pulsadern durchschnitt. Man brachte beide nach Anlegung von Notverbänden in das Dominicusstift in Hermsdorf.

Das Marathon der Kellner. In dieser Zeit der Olympiaden, da alles dem sportlichen Wettkampf huldigt, wollen auch die Kellner nicht zurückstehen. So konnte man kürzlich in Lille einen Tablettwettlauf der Kellner beobachten. Die Teilnehmer an dem Rennen mußten zwei Kilometer zurücklegen und dabei auf einem Tablett drei bis zum Rand gefüllte Gläser Bier balancieren, ohne unterwegs auch nur einen Tropfen des Getränks zu verschütten. Als erster kam ein Kellner namens Maetti am Ziel an, der gleichzeitig einen Rekord für die Zeit aufstellte. Ein später folgender Wettlauf für die Kellnerinnen wurde von einem Fräulein Plumard gewonnen.

Das „Nein“ auf dem Standesamt. Bei einer in Oesterde anberaumten Eheschließung ist der nicht alltägliche Fall vorgekommen, daß nach der üblichen Frage des Standesbeamten, ob das Brautpaar die Ehe eingehen wolle, die Braut statt „Ja“ zur Ablehnung des Brautgams, der Trauzungen und des Brautens mit einem zweimaligen „Nein“ geantwortet hat. Da die Braut bei ihrer gegebenen Antwort beharrte, mußte der Trauerrin vertagt werden. Ob sie sich inzwischen besonnen hat und doch in den Hafen der Ehe einlaufen wird, ist noch nicht bekannt geworden.

Versammlungs-Anzeiger

- Metallarbeiterverband. Dienstag, den 26. August, abends 6 Uhr: Große Mitgliederversammlung bei Steppuhn, Karlsruher Straße. Tagesordnung: Die Abwehrkämpfe der Danziger Bauarbeiterchaft. Redner: Kollege Brill. Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein. (13993)
- Deutscher Holzarbeiter-Verband. Mitgliederversammlung. Für Danzig am Dienstag, den 26. 8., abends 7 Uhr, im Lokal Steppuhn. Für Landwehr am Mittwoch, den 27. 8., abends 7 Uhr, im Kleinhammerpark. Für Joppa am Donnerstag, den 28. August, abends 7 Uhr, im Bürgerheim, Verstrasse. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise. 2. Unsere Lohnfrage. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. (13978)
- D.M.S. Vertrauensleute der Klempner, Installateure, Elektriker und Heizungsbranchen. Mittwoch, 27. August, abends 7 Uhr, im Bureau Karfenseigen, dringend.
- D.M.S. Vertrauensleute der Danziger Werk und Eisenbahnerkassette aller Gewerkschaften. Freitag, den 29. 8., 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Karfenseigen 26, wichtige Sitzung.

Der Mann von fünfzig Jahren

VIII.
 Einmal Mann — es war antwortend über — hatte ich ein überaus wunderbares Erlebnis bei der Familie Wanda in Wien. Ich war gerade bei Tisch, als vom Herd der eine laute Schrei, der mich sofort nicht vernachlässigen konnte, die aber nicht in der Familie Wanda erkannet, herüberhallte.
 „Bei Tisch? Na, da müßte ich es ja tun. Dann liegen Sie mir sofort nach ein Knecht mit.“
 „Wohin wurde von einem der Tür zum Speisezimmer aufgeschritten, ein wunderbares Lichtschein schied sich und eine derbe, muskulöse Gestalt trat ins Zimmer. „Hilf mir, Herrchen.“
 „Fremder Schmeißer, was ist das für ein Kerl?“
 „Ich bin ein Knecht, der als Knecht angetreten war, wurde vertrieben. Frau Wanda hat die Wohnung übernommen, um dem Knecht zu helfen, und nun ist der Knecht herüber zu laufen. Schick jemanden, der den Knecht von dem Tisch weicht und die Tür schließt. Der alte Knecht schmeißer und ihm Hilfe schicken und dem anstehenden Knecht helfen, der ihm helfen mußte, und mit dem Knecht sich verabschieden.“
 „Wer ist er?“
 „Der Knecht hat sich nicht im Glas und nicht es dem Knecht annehmen.“
 „Woher?“
 „Der Knecht hat sich nicht im Glas und nicht es dem Knecht annehmen.“
 „Woher?“
 „Der Knecht hat sich nicht im Glas und nicht es dem Knecht annehmen.“

„Ach, mein lieber, die Natur erweist sich doch immer wieder als viel härter denn die konventionelle Moral.“
 Richard Wanda meinte sein Haupt fassend und entgegnete, während ein heiliger Eifer sein Gesicht rötete und aus seinen Augen blitzte: „Es ist nicht nur das Moralgesetz, das zum Bestand der Ordnung und zur Behauptung der Zwecke der Gesellschaft notwendig ist, sondern auch das natürliche Gefühl, das einen auf die Monogamie hinweist. Ein intimeres Zusammenleben zwischen Mann und Frau kann sich nur auf gegenseitige menschliche Beziehungen gründen, sonst sinken wir auf den tierischen Standpunkt hinab.“
 „Auch der andere geriet in Eifer und verteidigte seine Ansichten mit der Kraft und Entschiedenheit der Hebermannna.“
 „Ja, und wir denn nicht etwa tierischer Herkunft und ist die Natur nicht das Primäre in uns? All das andere ist doch erst im Laufe der Jahrhunderte, Jahrtausende künstlich aufgetrieben.“
 „Zahn! Es war notwendig, weil sonst ein Zusammenleben so vieler von verschiedenen Interessen geleiteter und so verschiedenartig beeinflusster Kreaturen nicht möglich gewesen wäre, aber die Natur löst sich doch nicht aus dem Menschen heraus.“
 „Ein factischer, unheiliger Zug auch sich um die Mundwinkel des Sprechenden. Die natürliche Beaterie kann sie auch mit allen Schönen und Gaben des Gemütes nicht zu überwinden.“
 „Was nützt dem hochgebildeten Manne die schöne Seele einer Frau, wenn sie in einem abstoßenden, häßlichen oder krank zur Liebe unfähigen Körper heftet?“
 „Ja, das ist allerdings das Entartete, Verdammenswerte, das so viele Männer bei der Wahl ihrer Frau sich von ganz anderen Bemerkungen leiten lassen, als von denen, die den Zwecken der Ehe entsprechen. Aber dieser Mißbrauch einer so schönen und wertvollen Einrichtung, die unseren geistlichen und materiellen Bedürfnissen und zugleich den Interessen der Gesellschaft in so vollkommenem Maß dient, beweist nicht gegen diese Institution selbst. Und du, Otto, du hast doch deine Frau auch aus Liebe geheiratet, und ich erlaube mir, daß ihr anfangs sehr glücklich miteinander gelebt habt.“
 Otto Schmeißer wurde nachdenklich; das ironisch-frivole Lächeln in seinen Augen schwand; keine Frage nahmen einen ernst, fast klassischer Ausdruck an.
 „Ja — es war einmal.“ Er senkte —
 „Dann, dann ist in der Mitternacht — es war schön, unvergessen.“
 „Und mehr ist es ich lernte es nicht: Das ist das Verdrückte im Menschenleben, wenn Seele und Körper sich in dem einen Gefühl konzentrieren. Ich, daß das so nicht verdrückt wurde! Wenn könnte man meinen, Ja, das Leben ist hart, sehr gemein!“
 Fortsetzung folgt.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Die diesjährige Ernte in Polen ist bei weitem schlechter ausgefallen als im Vorjahre. Schuld daran haben hauptsächlich der lange und strenge Winter, das veränderliche Wetter, Schädlinge und der Getreidebrand. Trotdem erwartet man eine mittelmäßige Ernte. Der Ernteertrag wird ungefähr um 25 Prozent niedriger eingeschätzt als 1923. Allerdings kann man bis jetzt noch kein endgültiges Urteil fällen, da die Dreiperiode noch nicht eingeleitet hat. Nach Berechnungen, die am 5. August aufgestellt wurden, beträgt die Ernte in diesem Jahre: Roggen 45 375 000 Quintal (1 Quintal = 100 Kilogramm), was eine Verringerung um 21 Prozent gegenüber der vorjährigen Ernte (59 624 000 Quintal) ergibt, Weizen 11 350 000 Quintal, was einer Verringerung gegenüber 1923 (13 536 000 Quintal) um 14 Prozent gleichkommt. Laut Angaben des Statistischen Hauptamtes in Warschau beträgt der Ernteertrag schätzungsweise für ganz Polen je Hektar in Quintal: Winterweizen 11,1, Sommerweizen 8,1, Winterroggen 10,3, Sommerroggen 9, Wintergerste 14,7, Sommergerste 11,7, Hafer 12. Besonders schlecht ist die Ernte in Kleinpolen ausgefallen, sobald eine Hilfsaktion der dortigen Landwirtschaftsgesellschaft beabsichtigt ist. Die günstigsten Erntegergebnisse erhielt man in der Posen, Pommern und teilweise in der Warthauer und Lodzer Wojewodschaft, wo trotzdem die Ernte schlechter ist als im Vorjahre. Immerhin wird man Getreide exportieren können, da noch größere Mengen von Getreide vorjähriger Ernte vorhanden sind, die, wie die Landwirte klagen, von Ratten und Mäusen vernichtet werden. Auch hat sich die Anbaufläche, besonders in den Südgebiet, vergrößert.

Schlesische Staatsanträge nach Deutschland. Bei der vor einigen Tagen erfolgten Submissionsöffnung über die Einrichtung der elektrischen Anlagen in der Kaserne von Kramers wurde der Rheinland Elektrizitäts-Gesellschaft zu Pingen als billigstem Submittent gegenüber sechs Mitbewerbern der Zuschlag erteilt. Einen weiteren Staatsauftrag erhielt dieselbe Firma gegenüber sechs Mitbewerbern, und zwar die Einrichtung der elektrischen Anlagen des Provinzialregierungsgebäudes in Arlon.

Neue polnische Kanalprojekte. Die mit einem Kapital von 200 000 Mark gegründete Aktiengesellschaft „Drogi Słodkie“ plant u. a. den Bau einer schiffbaren Wasserstraße zwischen Buz, Kanal Grodzki (Grodzkanal), Briest, Dzier, Barichau, Pomic, Seczaca, Koso, Konin. Ferner ist der Bau eines Kanals auf solchem Linie geplant: Seczaca, Poda, Gienichow, Sierichow, Krafan. Sodann ist beabsichtigt, eine Verbindungskanal, San, Sembera, Brodn, Star, Briest heranzustellen. Aus der Ausbaur der Kanäle und Flüsse im Polnischen ist vorzusehen. Natürlich ist die Durchführung dieser Projekte nur in mehreren Abschnitten zu bewältigen. Ferner hat die polnische Regierung den Bau des Kanals Sierichow, Barich, Grolitz, Sierichow, Dzier projektiert. Zur Finanzierung dieses Projektes sollen die am Kanalbau interessierten Städte herangezogen werden. Eine besondere Kommission hat nunmehr endgültig den Bau des Kanals beschlossen. Da der Kanal nicht imstande wäre, neben dem Bromberger den neu zu erbauenden Kanal mit

Wasser zu versorgen, hat die Kommission beschlossen, den Kanal in der Richtung Bromberg, nicht Thorn, zu führen.

Die deutsche Auswanderung. Im Juli 1924 wanderten über Hamburg nach Uebersee insgesamt 2220 Menschen aus, davon 1387 Deutsche. Diese Zahl bedeutet einen ganz erheblichen Rückgang gegenüber der Zahl der Auswanderer im gleichen Monat des Vorjahres. Im Juli 1923 gingen 10 131 (5065 Deutsche) Personen über Hamburg ins Ausland. Dieser starke Rückgang der Auswanderung ist um so bemerkenswerter, als am 1. Juli d. J. die Jahresquote der nach dem neuen Einwanderungsgezet von den Vereinigten Staaten zuzulassenden Einwanderer in Wirksamkeit getreten ist.

Fast Verdoppelung der russischen Zuckereinnahme. Die Zuckereinnahme Russlands ist von 12 Millionen Rubel im Vorjahre auf 21 Millionen Rubel in dieser Campagne gestiegen. Trotdem macht sich, wie in den ersten Herbstmonaten 1923/24, auch in diesem Jahre auf dem Markt ein Zuckermangel bemerkbar, so daß im Ausland bereits 3 Millionen Rubel eingekauft worden sind (i. B. 1 Million Rubel), hiervon sind allein für Ostasien 1,5 Millionen Rubel bestimmt. Man rechnet für das nächste Jahr mit einer weiteren Steigerung der Produktion auf 26 Millionen Rubel, dürfte aber trotzdem noch erhebliche Mengen einführen müssen.

Russische Schiffbauaufträge ins Ausland. Das von den Sowjets aufgestellte Programm an Schiffsbauaufträgen für die nächsten zehn Jahre sieht insgesamt 405 Seeschiffe und 2297 Luftfahrzeuge vor, für deren Fertigstellung die Summe von 54 Millionen Pfund Sterling in Anschlag gebracht wurde. Für die nächsten fünf Jahre sieht das Bauprogramm 167 Frachtschiffe vor, die die Summe von 29 Millionen Goldrubel erfordern. Aber bei Planung dieser Summe machte sich ein erheblicher Mangel an den anderen Industriezweigen bemerkbar, so z. B. aus der Metallindustrie, die für sich zum Ausbau ihrer Werke ganz bedeutende Summen erfordert und befürchtet, daß bei derartigen Zurechnungen an die Schifffahrt allein für die übrigen Industrien von Sowjetrußland nicht mehr viel übrig bleibt. Es wurde aber dann doch die Notwendigkeit erkannt, eine Reihe der geplanten Schiffsbauaufträge ausländischen Werften zu übergeben, da die russischen Werften noch nicht in der Lage sind, eine derartige Flotte auf eigenem Bau fertigstellen zu können.

Das Wiener Bauprogramm. Als der Wiener Gemeinderat im Mai dieses Jahres das Wohnbauprogramm für 1925 beschloß, genehmigte er den Bau von ungefähr 5000 Wohnungen. Bei der genaueren Ausarbeitung der Entwürfe ergab sich, daß auf den in Aussicht genommenen Baustellen ungefähr 7000 Wohnungen errichtet werden können. Am 15. Juli hat dann der Gemeinderat beschlossen, über das weitere Bauprogramm hinauszugehen und im Jahre 1925 insgesamt 10 000 Wohnungen zu erbauen. Es wird jetzt bereits mit den nötigen Vorarbeiten für den Bau begonnen. Eine Anzahl von Wohnbauaufträgen wird bereits jetzt in Angriff genommen. In Wien hat die Sozialdemokratie einen entscheidenden Einfluß und bereits auf vielen Gebieten reformierend gewirkt. — Die sozialdemokratische Kandidatensliste in Anhalt forderte die Bereitstellung von 10 Millionen Goldmark für den Wohnbau. Die Summe soll durch eine ausländische Anleihe aufgebracht und durch Steuern vom bebauten Grundbesitz versichert und getilgt werden.

Kleine Nachrichten

Der erste kommunistische Putch in Schweden. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag hat der linke Flügel der schwedischen Kommunisten sich in den Besitz des Zentralorgans der kommunistischen Partei, „Politiken“, gesetzt. Der Führer des Moskauer-Flügels, Gilbom, der gleichzeitig Geschäftsinhaber des „Politiken“ ist, erklärte den bisherigen Parteivorstand und Chefredakteur Höglund für unter Zensur stehend. Artikel gegen ihn wurden in die Druckerei gegeben und die Seker angewiesen, seine eigenen Artikel nicht zu setzen. Schließlich stürmte eine Schar Moskauer-Kommunisten das Zeitungsgelände und erklärte den Chefredakteur und Parteivorstand für abgesetzt. Juristisch ist gegen den Raub der Zeitung nichts zu unternehmen, da die Mehrzahl der Geschäftsleitung auf Moskauer Boden steht. Der „Sozialdemokrat“ schreibt zu diesem bezeichnenden Vorfall innerhalb der schwedischen R. P., daß dieser Putch der Moskauer Kommunisten wohl der einzige sei, den sie in Schweden fertigbringen.

Drei neue ägyptische Königsgräber entdeckt. Die Londoner Zeitungen teilen mit, daß im Königstal in Ägypten drei neue Königsgräber entdeckt worden seien. Sie seien 1000 Jahre älter als das Grab Tut-ench-Amuns. Sie wurden von einem amerikanischen Bankier aus Chicago entdeckt, und zwar auf Grund von Inschriften, die am Grabe Tut-ench-Amuns gefunden worden waren. Da die ägyptische Regierung, wie verlautet, nicht über die notwendigen Geldmittel verfügt, um kostspielige Ausgrabungen vornehmen zu lassen, will der amerikanische Bankier versuchen, in Amerika die nötigen Kredite aufzubringen, um dann unter der Kontrolle der ägyptischen Regierung die Ausgrabungen vorzunehmen.

Filmzensur in Rußland. In Rußland ist der Film „Polnischka“ verboten worden. Er ist zwar unter Sowjetaufsicht zustande gekommen, stellt im Anschluß an Tolstois ergreifende Erzählung die Tragödie eines russischen Leibeigenen dar und gilt als der beste russische Film. Aber was tut's? Er hat keine Sowjet-Tendenz, und die Bauern befreuzigen sich darin. Das darf nicht sein, es könnte die Bauern irre machen.

Ein Aufwertungsprozess in der Türkei. Ein Privatmann hatte vor Ausbruch des Krieges bei der Filiale der Osmannischen Bank in Saloniki 3800 Pfund Sterling in Gold deponiert. Nach Kriegsausbruch wollte die Bank bei Abhebung des Geldes den genannten Betrag in Banknoten zurückzahlen. Darauf verurteilte das Gericht die Bank zur Auszahlung der Summe in Gold oder ihres Gegenwertes in Banknoten. Der Oberste Gerichtshof hat nunmehr das Urteil bestätigt und auf Bezahlung eines einmal so großen Betrages in Banknoten erkannt. Die Bank hat gegen dieses Urteil bei der Regierung Protest eingelegt, da es von weitgehenden Folgen sein könne.

Verantwortlich: für Politik Ernst Voops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Anierate Anton Kooker sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl & Co. Danzig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Büroräume des Wohnungsamts I befinden sich von Mittwoch, den 27. August 1924 ab im Altstädtischen Rathaus, Mittelgebäude, 3 Treppen hoch, vom 22. bis 26. sind die Büros wegen Umzug geschlossen. Sprechtag für das Publikum sind: Montag und Donnerstag von 9—12 Uhr.
Danzig, den 21. August 1924. (14008)
Wohnungsamt I.

Berdingung. Die Gemeinderatsverwaltung Ohra beabsichtigt 2 Vierfamilien-Wohnhäuser zu errichten. Die Angebote sind im Gemeindevorstand zum Selbstkostenpreis erhältlich und bis zum 3. September d. J., vormittags 11 Uhr, persönlich einzureichen. Desgleichen können die Zeichnungen dort eingesehen werden. (14004)
Ohra, den 25. August 1924.
Gemeindevorstand. Baukommission.



SIL

Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Herbol's bestes Bleich- und Waschemittel als Zusatz zum Seifenwasser gebraucht, ersetzt die ungesunden Bleichmittel.

— GEBE COLOR —

Zuckerpreis-Erhöhung.

Zu der Veröffentlichung der Firma **W. Machwitz** unter dieser Ueberschrift geben wir hiermit bekannt, daß unsere Zuckerpreise seit Wochen nahezu gänzlich unverändert sind und daß unsererseits nichts geschehen ist, um eine weitere Preiserhöhung für den Kleinhandel zu veranlassen.

Die im Vergleich zum Weltmarkte hohen Preise sind dadurch zu erklären, daß die Ware seit Fertigstellung im November bzw. Dezember vorigen Jahres für den Inlandsverbrauch zurückgehalten worden ist. Der Zucker liegt seit dieser Zeit auf Lager, so daß zu dem an sich damals hohen Einstandspreise jetzt noch die abnorm hohen Zinsen der jetzigen Zeit sowie Lager- und Versicherungskosten hinzukommen.

Es ist eine vollkommene Verkennung der Tatsachen, die Preise auf dem Weltmarkte, wo volle Freizügigkeit des Handels besteht, mit den Preisen in einem Gebiet, das der Bewirtschaftung unterliegt, zu vergleichen.

Wir warnen das Publikum gleichzeitig, sich größere Vorräte zu kaufen, als für die nächsten Wochen erforderlich sind, da die Preise für den neuen Zucker, der bereits in den ersten Oktobertagen, vielleicht auch früher, auf den Markt kommt, wesentlich niedriger sind.

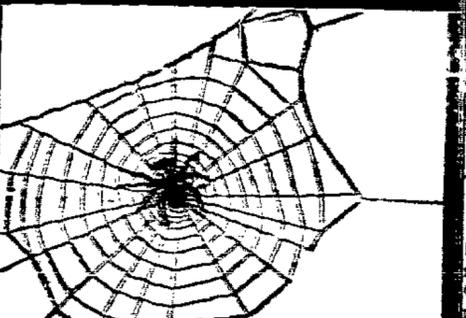
Baltische Zucker-Raffinerie

Aktiengesellschaft
Danzig-Neufahrwasser.



Das Korsetthaus
der eleganten Dame
Hedwig Kob,
Jopengasse Nr. 81.

Danzins arbeitende Bevölkerung verlangt nur Brot
und andere Backwaren
aus der
Produktgenossenschaft d. Danziger Bäckerei- und Konditoreibetriebe e. L. u. H. V.
Ihrer Rat ist gewinnlos: P. d. B. u. K.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



CURT GROTEWITZ
Sonntage eines Großstädtlers in der Natur
Completten 3 20 Gulden
Es haben:
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 4 und Paradenweg 32.

Wagen-Verkauf
Fingelose Veredelungsarbeiten **wirklich billig.**
Gewinnung guter Reparaturen an Wagen und Schneemaschinen mit neuen Garanten. **Felix Loew,**
Schmiedegasse 18, Tel. 6227.

Wegen Aufgabe meiner Tätigkeit übernehme ich folgende geschäftliche Gegenstände:
zu verkaufen:
1. Mercedes-Benz, 2. Benz, 3. Opel, 4. Citroën, 5. Renault, 6. Peugeot, 7. Fiat, 8. Lancia, 9. Alfa Romeo, 10. Maserati, 11. Bugatti, 12. Daimler, 13. Mercedes-Benz, 14. Opel, 15. Citroën, 16. Renault, 17. Peugeot, 18. Fiat, 19. Lancia, 20. Alfa Romeo, 21. Maserati, 22. Bugatti, 23. Daimler, 24. Mercedes-Benz, 25. Opel, 26. Citroën, 27. Renault, 28. Peugeot, 29. Fiat, 30. Lancia, 31. Alfa Romeo, 32. Maserati, 33. Bugatti, 34. Daimler, 35. Mercedes-Benz, 36. Opel, 37. Citroën, 38. Renault, 39. Peugeot, 40. Fiat, 41. Lancia, 42. Alfa Romeo, 43. Maserati, 44. Bugatti, 45. Daimler, 46. Mercedes-Benz, 47. Opel, 48. Citroën, 49. Renault, 50. Peugeot, 51. Fiat, 52. Lancia, 53. Alfa Romeo, 54. Maserati, 55. Bugatti, 56. Daimler, 57. Mercedes-Benz, 58. Opel, 59. Citroën, 60. Renault, 61. Peugeot, 62. Fiat, 63. Lancia, 64. Alfa Romeo, 65. Maserati, 66. Bugatti, 67. Daimler, 68. Mercedes-Benz, 69. Opel, 70. Citroën, 71. Renault, 72. Peugeot, 73. Fiat, 74. Lancia, 75. Alfa Romeo, 76. Maserati, 77. Bugatti, 78. Daimler, 79. Mercedes-Benz, 80. Opel, 81. Citroën, 82. Renault, 83. Peugeot, 84. Fiat, 85. Lancia, 86. Alfa Romeo, 87. Maserati, 88. Bugatti, 89. Daimler, 90. Mercedes-Benz, 91. Opel, 92. Citroën, 93. Renault, 94. Peugeot, 95. Fiat, 96. Lancia, 97. Alfa Romeo, 98. Maserati, 99. Bugatti, 100. Daimler, 101. Mercedes-Benz, 102. Opel, 103. Citroën, 104. Renault, 105. Peugeot, 106. Fiat, 107. Lancia, 108. Alfa Romeo, 109. Maserati, 110. Bugatti, 111. Daimler, 112. Mercedes-Benz, 113. Opel, 114. Citroën, 115. Renault, 116. Peugeot, 117. Fiat, 118. Lancia, 119. Alfa Romeo, 120. Maserati, 121. Bugatti, 122. Daimler, 123. Mercedes-Benz, 124. Opel, 125. Citroën, 126. Renault, 127. Peugeot, 128. Fiat, 129. Lancia, 130. Alfa Romeo, 131. Maserati, 132. Bugatti, 133. Daimler, 134. Mercedes-Benz, 135. Opel, 136. Citroën, 137. Renault, 138. Peugeot, 139. Fiat, 140. Lancia, 141. Alfa Romeo, 142. Maserati, 143. Bugatti, 144. Daimler, 145. Mercedes-Benz, 146. Opel, 147. Citroën, 148. Renault, 149. Peugeot, 150. Fiat, 151. Lancia, 152. Alfa Romeo, 153. Maserati, 154. Bugatti, 155. Daimler, 156. Mercedes-Benz, 157. Opel, 158. Citroën, 159. Renault, 160. Peugeot, 161. Fiat, 162. Lancia, 163. Alfa Romeo, 164. Maserati, 165. Bugatti, 166. Daimler, 167. Mercedes-Benz, 168. Opel, 169. Citroën, 170. Renault, 171. Peugeot, 172. Fiat, 173. Lancia, 174. Alfa Romeo, 175. Maserati, 176. Bugatti, 177. Daimler, 178. Mercedes-Benz, 179. Opel, 180. Citroën, 181. Renault, 182. Peugeot, 183. Fiat, 184. Lancia, 185. Alfa Romeo, 186. Maserati, 187. Bugatti, 188. Daimler, 189. Mercedes-Benz, 190. Opel, 191. Citroën, 192. Renault, 193. Peugeot, 194. Fiat, 195. Lancia, 196. Alfa Romeo, 197. Maserati, 198. Bugatti, 199. Daimler, 200. Mercedes-Benz.

Gois, Uhren, Uhren, etc.
billig zu verkaufen. (H)
Königsplatz 2, 11.

Bettgestell
mit Matratze billig zu verkaufen.
J. Hoffmann, Tempel 11.

Achtung!
Schnelle Reparaturen, auch elektrische, sehr billig. (H)
Schmiedegasse 25, 2. (H)

1 Fahrrad,
in genauer Polierarbeit u. in bester Arbeitskomplett zu verkaufen. (H)
Gartenstr. 2, Danzig 391.

Soßenarbeiterin
sucht ein
Wilhelm Loew,
G. m. b. H.,
Zarische 1-2

Rad für Haus- und Landarbeit
verkauft.
Elbe, Ohra, Weberfeld 79

Wäsche
Eine antike Wäsche
mit neuem Stoff gefüllt.
Papke,
Königsplatz 35, 1. Et.

Portierstelle.
Jg. Handwerker-Ehepaar (kinderlos) mit Zentralheizung vertraut, nicht
Off. n. V. 1337 an d. Exped. der Volksstimme

Ent erhalt. Vertiko
zu kaufen gesucht. Offert unter V. 1339 an d. Exped. der Volksstimme. (H)

Al. Leder mit 12 Wohnungen
gegen gr. 2-Zimmer-Wohnung zu tauschen, evtl. nur Leder zu tauschen gesucht. Angebote unter V. 1335 an die Exp. der Volksstimme. (H)

Röchte meine 2-Zimmer-Wohnung (Altstadt)
gegen, gleiche (Rechtstadt gelegen) tauschen. Angeb. unter V. 1334 an die Exp. der Volksstimme. (H)

Jede Herrenschneiderei
wird schnell und billig ausgeführt. Büttelgasse 5. Hinterhaus 2. (H)

Wäsche
wird sauber gewaschen, gebleicht und im Freien getrocknet. Offert unter V. 1335 an die Exp. der Volksstimme. (H)